

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 34.

Paderborn, 20. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

### Einladung zum Abonnement.

Das „Paderborner Volksblatt“, welches, trotz der kurzen Zeit seines Bestehens, sich bereits einer allgemeinen Theilnahme erfreut — wovon die immer noch einlaufenden Nachbestellungen Zeugniß geben — wird auch für das nächste Quartal wie bisher dreimal wöchentlich, am Dienstag, Donnerstag und Samstag, erscheinen. Unsere Tendenz werden wir auch ferner treu verfolgen — im Vertrauen auf die Alles überwachende Vorsehung an einer volksthümlichen Verfassung festhalten, jedes Gelüste nach dem Verbrauchten und Verdorbenen bekämpfen, und mit Entschiedenheit den Bestrebungen derjenigen entgegenzutreten, welche darauf gerichtet sind, das Volk zu unbesonnenen und gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten. Die wichtigsten Tagesereignisse werden wir schnell und der Wahrheit getreu mittheilen und nebenbei einiges Gemeinnützige und Unterhaltende liefern. In Berlin, Frankfurt und mehreren andern Orten sind Correspondenten gewonnen. In ersterer Stadt hat namentlich unser Abgeordneter zur 1. Kammer, Herr Landrath Grassi, die thätigste Mitwirkung unserm Blatte zugesichert.

Auch der unbemittelte Bürger und Landmann fühlt in jetziger Zeit das Bedürfnis, sich über die politischen Zustände sowohl unseres Vaterlandes als der fremden Staaten zu unterrichten; damit diesen nun die Anschaffung unseres Blattes nicht schwer falle, haben wir den Abonnements-Preis so billig, wie nur immer möglich — vierteljährlich 10 Sgr., durch die Post bezogen 12½ Sgr. — gestellt. — Bestellungen bitten wir möglichst frühzeitig, auswärts bei der nächsten Postanstalt, zu machen. Neu eintretende Abonnenten erhalten die noch erscheinenden Nummern des Monats März unentgeltlich.

Noch sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß wir für Artikel, welche die Bezeichnung „Insert“ tragen, und der Tendenz unseres Blattes nicht immer entsprechend sind, keine Verantwortlichkeit übernehmen. Diese Artikel werden von uns als Anzeigen betrachtet. —

Paderborn, 9. März 1849.

Die Redaktion und Expedition des Paderborner Volksblattes.

#### Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Amliches.

Deutschland. Berlin (Kammervorhandlungen; Beschlagnahme einer Kiste mit Bajonetten; Studentenverbindungen; das Observationscorps; die Debatten in der 1. Kammer; die Staatsanleihe; Auswanderungen; der Frieden mit Dänemark soll abgeschlossen sein); Frankfurt (Nationalversammlung; Ankäufe von Kriegsschiffen); Koblenz (das 8. Armeecorps soll mobil gemacht werden); Bergisch-Gladbach (Unglück); Stettin (Maßregeln zum Schutze der Dseefküste); Mannheim (Struwe u. Blind); Leipzig (sächsische Truppen marschiren nach Schleswig-Holstein); Wien (die neue Verfassung; Illumination in Olmütz).

Frankreich. Paris (Erklärung Oesterreichs).

Italien. Rom (die Zustände in Rom; die Intervention).

England. London (Sammlung für den Papst).

Niederlande. Haag (Oesterreich erhält keine Schiffe von Holland).

R. Paderborn, 19. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel V.

Glaubens- und Gewissensfreiheit.

§. 14. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren.

§. 15. Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion.

Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieser Freiheit begangen werden, sind nach dem Gesetze zu bestrafen.

§. 16. Durch das religiöse Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf daselbe keinen Abbruch thun.

Im lieben Deutschland stand es in frühern Zeiten schlecht mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Es ist sogar als Grundsatz aufgestellt worden: dem das Land gehört, gehört auch die Religion. Hat dieser Grundsatz auch nie rechtliche Geltung gehabt, so ist er mitunter doch thatsächlich angewandt worden. Während der Staat früher in alle Religionsangelegenheiten sich einmischte, ist er jetzt von allen religiösen und kirchlichen Verhältnissen losgemacht. Der Staat kümmert sich nicht ferner darum, ob seine Bürger Juden oder Christen, Katholiken oder Protestanten sind, oder irgend einer andern Religionspartei angehören. Unbeschadet seiner bürgerlichen und politischen Rechte kann der deutsche Reichsbürger in religiösen Dingen glauben, was er will, sogar nichts glauben, sich zu allem religiösen Glauben verneinend verhalten. Es ist volle Glaubensfreiheit gewährt und demgemäß darf Jeder seine Religion öffentlich, wie im häuslichen Kreise frei ausüben. Wird aber mit der Religion strafbarer Unfug getrieben, so hat die Staatsregierung das Recht und die Pflicht, dagegen einzuschreiten; denn eine solche oder ähnliche ausschweifende Wirthschaft, wie die Wiedertäufer in Münster bei ihrem häuslichen und öffentlichen Gottesdienste getrieben haben, darf in einer wohlgeordneten bürgerlichen Gesellschaft nicht geduldet werden. Fortsetzung folgt.

#### Bekanntmachung.

Nach Artikel 46 der allgemeinen Wechselordnung für Deutschland (Gesetzsammlung vom Jahre 1849 S. 49) soll der Nachweis der dem Vormanne rechtzeitig gegebenen schriftlichen Benachrichtigung durch ein Postattest, daß ein Brief von dem Betheiligten an den Adressaten an dem angegebenen Tage abgesandt worden ist, geführt werden können.

Da dergleichen Atteste von den Preussischen Postbehörden nur bei recommandirten Briefen erteilt werden können, so wird das betheiligte